



Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po ([www.eiiv.eu](http://www.eiiv.eu)) [welfens@eiiv.uni-wuppertal.de](mailto:welfens@eiiv.uni-wuppertal.de)  
2015 = 20 Jahre EIIW/preisgekrönte Analysen, weltweite Vernetzung; Wissensvorsprung für Entscheider

Pressemitteilung | - May-Brexit-Brief ist ohne Legitimität -

Cameron-May-Behauptungen zur EU-Einwanderungsbürde sind perfide - Historisches Fehlreferendum kann nur zu Politikdebakel in UK führen – Irrationale Politik der Premierministerin kann noch mit mayday-mayday! vorzeitig enden

**Mays Brexit-Brief: Ohne Legitimität und Verstand – ökonomisch mayday-mayday!**

**Wuppertal, 28. März 2017** (*brfBREXITmärz2017*)

Nach einem sonderbaren 60-Jahre-EU-Jubiläum mit nur 27 EU-Staats- und Regierungschefs – Frau May blieb fern – hat die britische Regierung nun den historischen Austrittsbrief auf den Weg gebracht. Der 29. März 2017 wird ein sonderbarer Tag der britischen Politik für alle Zeiten sein, da sich die May-Regierung ohne klare Legitimierung durch ein Referendum zur Beendigung von über vier Jahrzehnten EU-Kooperation anschickt: Britische Aufkündigung enger Kooperation in einem EU-Binnenmarkt, den UK einst federführend – unter der Konservativen Premierministerin Thatcher - mit auf den Weg brachte. Das Juni-2016-EU-Referendum, das nun die Konservative Premierministerin May hoch lobt als starke Legitimation für den BREXIT, ist ein Fehlreferendum: Denn die Cameron-Regierung verschwieg in ihrer 16seitigen Info-Broschüre den Befund der Studie des Finanzministeriums, wonach ein EU-Austritt Großbritannien 10% Einkommensverlust bedeutet. Nimmt man bekannte UK-Popularitätsfunktionen zum Zusammenhang von Einkommenswachstum und Regierungspopularität, so hätte sich bei einer normalen Informationspolitik der britischen Regierung eine 52,1% Mehrheit für einen EU-Verbleib ergeben.

So gesehen ist das Abstimmungsergebnis vom 23. Juni ein sonderbares Fehlreferendum – auffallend, weil dieselbe Cameron-Regierung 2014 beim Thema Schottland-Referendum den Schotten per Broschüre vorrechnete, dass jeder im Fall einer mehrheitlichen Unabhängigkeitsentscheidung 1400 Pfund pro Kopf verlieren werde. Beim EU-Referendum wurde ein noch höherer drohender Verlust pro Kopf in UK den britischen Bürgern aber in der Regierungsbroschüre mit keinem Wort beziffert.

Die ökonomische Situation in 2016/2017 für UK ist noch nicht wirklich schlecht, da eine starke Pfundabwertung und der Höhenflug der US-Börse, der auch die Börse in London nach oben zieht, das Bruttoinlandsprodukt stabilisiert. Aber mit dem Anstieg der Inflationsrate um 2 Prozentpunkte in 2017 – gegenüber 2016 – sinken die Realeinkommen und 2018/2019 wird das britische Realeinkommen weniger stark wachsen als bisher; zumal UK wohl etwa 50 Mrd. € an Austrittskosten-Rechnung zu schultern hat (ca. 2% des UK-Jahres-Bruttoinlandsproduktes), die für britische EU-Beamte bzw. deren Pensionslasten und bis 2019 noch nicht abgeschlossene EU-Projekt mit UK-Beteiligung steht. Dass Finanzminister Hammond in seiner März-Budgetrede vor dem Unterhaus behauptete, er hätte noch 26 Mrd. Pfund in Reserve, um problemlos eine expansive Fiskalpolitik zu



finanzieren, ist daher eine irreführende Behauptung. Das von Hammond bei seinen Zahlen zugrunde gelegte Modell des Office for Budget Responsibility (OBR) ist im Übrigen weder ein modernes DSGE-Modell, noch erlaubt es ohne weiteres, die britischen BREXIT-Probleme – insbesondere den ab 2019 deutlich verschlechterten Zugang zum EU-Binnenmarkt – gut zu modellieren. Der vom OBR angekündigte Wachstumsanstieg 2018-2021 ist sehr zweifelhaft. Im Übrigen wird UK massive Wohlfahrtsverluste nicht nur durch ein Sinken beim Bruttoinlandsprodukt haben, sondern auch weil die reale BREXIT-bedingte-Abwertung den Erwerb britischer Firmen für ausländische Investoren deutlich verbilligt bzw. erleichtert: Das britische Nationaleinkommen wird deutlicher sinken als das Bruttoinlandsprodukt, denn ein höherer Anteil des Auslandes an britischen Firmen wegen BREXIT bedeutet, dass ins Ausland aus UK abgeführte Gewinne aus ausländischen Tochterfirmen das Einkommenswachstum zeitweise schmälern und die Briten auch den zum Nationaleinkommen proportionalen Konsum relativ zurückfahren werden.

Ob die UK-EU-Verhandlungen zu einem Ergebnis – noch dazu unter dem charismatischen, aber ökonomisch unversierten Boris Johnson - führen werden, bleibt abzuwarten: am 30. März 2019 jedenfalls steht UK dann wohl allein da, wie vor 1973, als UK Mitglied wurde. Nur dass sich seither die anderen Commonwealth-Länder noch weniger nach britischer Führung sehnen als damals und dass seit der Öffnung Chinas in 1978 ein globaler neuer Wirtschaftsgigant heran gewachsen ist, mit dem sich sogar die USA schwer tun. May führt UK aus der EU hinaus ins Abseits, in der das nach Kaufkraftparitäten beim Bruttoinlandsprodukt in 2019 zehngrößte Land der Weltwirtschaft eine neue Rolle suchen wird – sie wird ihm schwerlich bekommen. Die ökonomischen Reden von einer neuen Zukunft für UK als große Freihandelsmacht, die David Davis, der EXIT-Minister 2016 gehalten hat, sind Nirwana-Ansätze: ein Freihandelsabkommen mit China, das er für wünschenswert, hieße binnen Jahresfrist das Ende der britischen Stahlindustrie, ein ähnliches Abkommen mit Indien wäre nur um den Preis großer Einwanderungskontingente für Inder zu bekommen: Soll man ernsthaft glauben, die Briten hätten lieber eine Million mehr Inder als eine Million EU-Zuwanderer? BREXIT ist, ökonomisch gesehen mit wishful thinking zu übersetzen: Wolkenkuckucksheim auf Raten.

Die Ankündigung der May-Regierung, unter der Überschrift Global Britain über eine Welle von britischen Freihandelsabkommen ab 2019 deutlich mehr Wachstum zu erzeugen, wird nicht funktionieren; denn außer einem US-UK-Freihandelsabkommen und einem ähnlichen Abkommen UK-Japan ist wenig Gewichtiges hier in Aussicht. Dass UK mit Japan etwa bessere Bedingungen zur Handelsliberalisierung wird aushandeln können als die vierfach so gewichtige EU27 (oder fünffach gewichtige EU28), ist völlig unwahrscheinlich. Zudem macht die US-Trump-Administration mit ihrem Anti-Multilateralismus die britischen Strategie-Perspektiven weiter schwach, denn ohne eine funktionsfähige Welthandelsorganisation ist eine breite britische Freihandelspolitik nicht vernünftig umsetzbar. Der Neo-Protektionist Trump hat binnen Wochen schon die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich kaum noch handlungsfähig werden lassen, bei der Welthandelsorganisation und womöglich beim IMF droht ähnliches.

Großbritannien erliegt mit seinem Fehlreferendum vom Juni 2016 einem historischen Irrtum und erteilt indirekt eine Absage an die internationale Kooperation in Europa – beschädigt damit zugleich auch den Integrationsgedanken an sich in der Weltwirtschaft. Denn der BREXIT destabilisiert indirekt auch andere regionale Integrationsclubs, wie etwa den Mercosur in Lateinamerika und die ASEAN-Gruppe, die seit 2016 einen Binnenmarkt nach EU-Vorbild aufgebaut haben.

Frau May war über Jahre Innenministerin in der Cameron-Regierung und als solche zuständig für Zuwanderungsfragen. Die perfide Anti-EU-Zuwanderer-Rhetorik von Cameron, der von großen Lasten für UK sprach, hat sie über Jahre mitgetragen. Die von Premier Cameron und auch von Premier May – zuletzt im EU-Austrittsweißbuch 2017 – aufgestellte Behauptung, UK werde durch die EU-Zuwanderer überlastet, ist eine absurde Behauptung: Denn im White Paper in der Abbildung 5.2 wird erstens gezeigt, dass über eine gute Dekade nicht die EU-Zuwandererdynamik dominierte, sondern die der Zuwanderer aus Nicht-EU-Ländern (wieso für diese Problematik ein EU-Austritt eine Lösung ist, kann nur Pharisäer-Logik nachvollziehen). Die OECD hat zudem gezeigt, dass UK durch die EU-Zuwanderer einen positiven Netto-Budgeteffekt hat, also diese auch noch die Infrastruktur- und Schulinvestitionsausgaben ihrer Mitbürger mitfinanzieren. Hier wird die britische und europäische Öffentlichkeit für dumm verkauft. Die Anti-EU-Zuwanderungsrhetorik war nur gut, um einen Sündenbock zu haben für die Cameron-Politik der massiven Kürzung der nationalen Finanzzuweisungen an die britischen Kommunen: 3,5% des Bruttoinlandsproduktes in fünf Jahren – eben weil man die nach der Bankenkrise 2008 bei über 10% stehende britische Defizitquote mit allen Mitteln senken wollte. Die Kommunalkürzungen Camerons erzeugten lokale öffentliche Unterversorgung und viele Wähler folgerten: an der Unterversorgung wird ja wohl das Zuviel an Zuwanderung Schuld sein. Cameron und May waren hier nicht ehrlich, ja perfide – und wenn man Shakespeares Hamlet-Zitat glaubt, dann wird nicht erfolgreich sein, wer nicht ehrlich zu sich selbst und zu anderen ist. Viele Shakespeare-Weisheiten funktionieren sehr gut.

Dass die EU aufgefordert bleibt, Reformen umzusetzen, die den neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden, versteht sich. Nach dem angepeilten Austrittsjahr 2019 wird sich die Frage stellen, ob die EU27 bzw. die Eurozone schneller oder langsamer als UK wächst; es liegt an den EU-Ländern, hier selbst vernünftig die Weichen auf nationaler und supranationaler Ebene für mehr Wachstumsdynamik zu stellen. UK sollte seine unehrliche Politik umgehend ändern und über rationale Grundsätze bei der Informations- bzw. Organisationspolitik zu einem Referendum nachdenken, sonst wird das Land bald selbst zerfallen – mindestens in ein pro-europäisches Schottland und den Rest. Die EU hat nach der unprofessionellen Referendumsorganisation durch die Cameron-Regierung keinerlei Grund, UK in irgendeiner Weise gegenüber entgegenkommend zu sein; vielleicht mit Ausnahme der Bereiche Städtepartnerschaften und Wissenschaftskooperation. Da Frau May einen harten BREXIT wünscht, also das britische Ausscheiden aus dem EU Binnenmarkt – und auch keine Zollunion will -, wird UK demnächst selber sehen, was da an Kosten politisch-ökonomischer Unvernunft auf Großbritannien zukommt. 10% Einkommensverlust ist ein Punkt,

künftig pro Jahr etwa 3-4 Mrd. € an Zöllen, die an die EU27 zu zahlen sein werden, wobei dem vermutlich gut 1 Mrd. € an EU27-Zollzahlungen an UK gegenüber steht – jedenfalls wenn kein umfassendes Freihandelsabkommen gelingt. Die Kosten der von UK selbst geschaffenen neuen Unsicherheit in den Bereichen Güterhandel und Dienstleistungshandel werden wohl für einige Jahre 0,1 bis 0,2% des Bruttoinlandsproduktes ausmachen. Da bleibt von den 9 Mrd. € künftig vermiedener britischer Beitragszahlungen von UK an die EU kaum eine Mrd. € übrig; das Projekt zur Fusion der Börse London mit der Deutschen Börse AG bzw. der Frankfurter Börse ist begraben. Dafür hat UK dann die EU erst einmal destabilisiert bzw. dort für Einkommensrückgänge gesorgt: Wenn in UK das Bruttoinlandsprodukt 6% durch BREXIT mittelfristig weniger wächst als sonst, dann bedeutet das für Deutschland bzw. die EU27 ca. 1% Minus-Effekt beim Bruttoinlandsprodukt; und da gibt es dann negative Rückstoßeffekte Richtung UK. Mit einer starken Anlehnung an die Trump-Administration begibt die Freihändlerin May sich in die politische Umarmung mit einem Neo-Protektionisten, der immerhin von Wirtschaftspolitik offenbar ähnlich wenig die britische Premierministerin zu verstehen scheint – das mag dann ein sonderbares Gefühl von Nähe und trügerischem Gleichgewicht geben. Es wäre nicht überraschend, wenn wenige Jahre nach dem BREXIT-Brief aus London nach Brüssel in Großbritannien die Rufe mit Blick auf Wirtschaft und Politik zu hören sein werden: mayday-mayday!

**Forthcoming: Paul Welfens, An Accidental Brexit, London: Palgrave Macmillan**

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens ist Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Universität Wuppertal, dort zudem Inhaber des Jean Monnet-Lehrstuhls für Europäische Wirtschaftsintegration und des Lehrstuhls Makroökonomik. Außerdem ist er Vorsitzender des Forschungsinstituts bdvb, Düsseldorf; Non-resident Senior Research Fellow am AICGS der Johns Hopkins University, Washington DC sowie IZA Research Fellow, Bonn.

**Paul J.J. Welfens [Brexit aus Versehen](#) Europäische Union zwischen Desintegration und neuer EU, 2017, 401 S., Hardcover € 19,99 (D) | ISBN 978-3-658-15874-3 [Auch als eBook \(€ 14,99\)](#)**

**Kontakt** Christina Wiens | Sekretariat | tel 0202 439-1371 | [wiens@eiiw.uni-wuppertal.de](mailto:wiens@eiiw.uni-wuppertal.de)